



Von einer Kann- zu einer Pflichtbestimmung

Abgeordnete zu wegweisenden Änderungen im neuen Thüringer Sportfördergesetz

Das Thüringer Sportfördergesetz – es besteht seit Juli 1994 unverändert – ist deutlich in die Jahre gekommen. Daher hatten sich die Koalitionsfraktionen von Rot-Rot-Grün im Thüringer Landtag an eine komplette Neufassung des Gesetzestextes gemacht und diese der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bevor der Landtag das Gesetz jetzt in erster Lesung debattiert, haben sich die sportpolitischen Sprecher Knut Korschewsky (LINKE), Birgit Pelke (SPD) und Roberto Kobelt (GRÜNE) auf einer gemeinsamen Pressekonferenz den Fragen der Journalisten gestellt. Sie verwiesen darauf, dass der Gesetzesentwurf zur Änderung des Thüringer Sportfördergesetzes in den vergangenen Monaten in enger Abstimmung mit dem Landessportbund und dem Regierungskabinetts erarbeitet worden war. Vor der abschließenden zweiten Lesung im Thüringer Landtag nach der Sommerpause wird es wahrscheinlich Ende Mai eine öffentliche Anhörung geben.

Der für die Sportverbände und zahlreichen Vereine in Thüringen wohl wichtigste Punkt der Gesetzesänderung ist die Maßgabe, dass ihnen die Nutzung der Sportstätten für den Trainings- und den Wettkampfbetrieb kostenlos zugesagt ist. Knut Korschewsky unterstrich, dass diese Aussage „von einer Kann- zu einer Pflichtbestimmung wird“. Und er nannte es „ein modernes Sportfördergesetz, mit dem

wir Maßstäbe auch bundesweit setzen“. Der unübersehbare hohe Sanierungsstau an den Sportstätten könne jedoch mit der Novellierung des Gesetzes, die auch eine pflichtige Sportstättenplanung vorsieht, nicht beseitigt werden.

Allerdings, so Birgit Pelke, könne und müsse dann auf der Grundlage des Sportstättenleitplans und in enger Abstimmung zwischen dem Land und den Kommunen festgelegt werden, „was an welcher Stelle gebraucht wird“, was gemacht werden könne. Zumal es ja so sei, ergänzte der GRÜNE Sportpolitiker Roberto Kobelt, dass es zweifellos eine

noch stärkere Förderung für die kommunalen Sportstätten und Breiten-sportanlagen geben werde. Die Unterstützung dafür setzt sich zusammen aus dem Landes- und kommunalen Investitionspaket und sie kommt aus der Erhöhung der Lottomittel, also den Überschüssen aus den Staatslotterien.

Einziges Manko, dass die kostenfreie Nutzung der Sportstätten nicht für die Schwimmvereine gewährleistet werden kann. Denn oftmals sind es nicht die Kommunen, denen die Schwimmbäder mit ihren teilweise sehr hohen Betriebskosten gehören.



Auf großes öffentliches Interesse war die gemeinsame Pressekonferenz der drei sportpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag gestoßen. Die Thüringer Allgemeine schrieb von einer „wegweisenden Gesetzesänderung“, denn Rot-Rot-Grün wolle den 3.422 Sportvereinen mit seinen 370.646 Mitgliedern in Thüringen „die kostenlose Nutzung von Sportstätten für den Trainings- und Wettkampfbetrieb verbindlich zusagen“.

AKTUELL

Eine verlässliche Perspektive für die Lehrkräfte

Dem Thüringer Landtag liegt jetzt ein Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem Titel „Verbesserung der Beschulung von zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen“ vor. Dazu betont Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion:

„Für die sofortige und erfolgreiche Integration von Kindern mit Flucht- und Migrationshintergrund in die Schulen gilt unser Dank allen Beteiligten: den Lehrkräften, der Schulverwaltung und den damit befassten Mitarbeitern in den Kommunen und Landkreisen. Mit unserem Antrag stärken wir deren Arbeit und Engagement. Wir machen auch deutlich, dass für uns die konsequente Umset-

zung der Schulpflicht nicht allein am Alter festgemacht werden kann und die verbindliche Umsetzung von fachlichen Standards für die individuelle Förderung von enormer Bedeutung ist.“

Großes Augenmerk legt Rot-Rot-Grün auf die Absicherung der notwendigen personellen und sächlichen Rahmenbedingungen. Hierzu zählen vor allem die Ressourcen für die Förderung in Deutsch-als-Zweitsprache (DaZ). „Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass die Landesregierung zugesagt hat, dass von den mittlerweile 135 bisher befristet eingestellten DaZ-Lehrkräften 130 Lehrkräften eine dauerhafte Beschäftigung angeboten und für die fünf weiteren Lehrkräfte eine Beschäftigung über freie Träger ermöglicht werden kann. Zusätzlich soll es neue Regelungen für die Nachqualifi-

zierung und für Seiteneinsteiger geben. Damit kommen wir auch der Forderung von mehr als 1500 Petenten nach, die sich für eine verlässliche Perspektive für die DaZ-Lehrkräfte stark machen.“

Der LINKE-Bildungsexperte abschließend: „Für die individuelle Förderung notwendiges pädagogisches Personal soll ebenso wie die nötigen Lehr- und Lernmittel unbürokratisch und flexibel auch während eines laufenden Schuljahres den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Ziel aller von uns beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen ist, an den Schulen zum Ausbau multiprofessioneller Teamstrukturen aus Lehrerinnen und Lehrern, DaZ-Fachkräften, Experten der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie zu kommen.“

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Gefährdungspotential

Der tragische Tod eines 32-jährigen Polizisten im Herbst schockierte bundesweit und machte das Gefährdungspotential von „Reichsbürgern“ deutlich. Die Landesregierung richtet nun folgerichtig eine zentrale Informationsstelle ein, um die Bediensteten der Landes- und Kommunalverwaltung noch besser über das Phänomen und angemessene Handlungsmöglichkeiten zu beraten. Die Informationsstelle soll im Landesverwaltungsamt angesiedelt werden. Nach Angaben des Innenministeriums gibt es in Thüringen 550 „Reichsbürger“, weitere 400 Verdachtsfälle wurden gemeldet. Knapp zehn Prozent der Erfassten verfügen über eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Besonders Finanz- und Waffenbehörden sowie Polizisten und Gerichte werden seit Jahren mit „Reichsbürgern“ konfrontiert. Bedrohungen bis hin zu erfundenen Millionenforderungen mit der Malta-Masche haben immer wieder zu Verunsicherungen geführt. Dass nun die reichsbürgerspezifischen Informationen gebündelt elektronisch bereitgestellt werden, ist ein Fortschritt bei der Sensibilisierung. Denn die Praxis sah bis vor wenigen Jahren noch völlig anders aus. Nach dem Aufliegen des NSU 2011 und 2012 enthielten auch die jährlichen Thüringer Verfassungsschutzberichte dazu nur drei Absätze, im Jahr 2013 war der Bereich „Reichsbürger“ gänzlich verschwunden.

Erst durch eine parlamentarische Anfrage von mir im Jahr 2013 (DS 5/6314) wurden umfangreich Kenntnisse über „Reichsbürger“, ihre Aktivitäten und Bewaffnung öffentlich zusammengetragen. Dass die damalige Landesregierung 90 bis 140 „Reichsbürger“ bezifferte und sich nun eine Verzehnfachung andeutet, zeigt, dass das Problem lange nicht ernst genug genommen wurde. Dabei erstreckt sich der Einfluss auch auf neonazistische Netzwerke wie „Thügida“. Mehrfach haben „Reichsbürger“ an Demonstrationen der Thüringer AfD teilgenommen, ebenso vernetzen sich Reichsideologen mit AfD-Funktionsträgern aus Thüringen in sozialen Netzwerken.

Im Landtagsinnenausschuss hat die Linksfraktion bekräftigt, dass der Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse von Reichsbürgern weiter konsequent unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten vorangetrieben werden muss.